

EU-Parlament: Direktzahlungen fairer verteilen

Direktzahlungen soll es in der EU auch nach 2013 geben. Darüber waren sich alle Fraktionen im Agrarausschuss des Europäischen Parlamentes (EP) am 12. April in Brüssel einig.

Die meisten Abgeordneten waren aber der Meinung, die Beihilfen für die Landwirte müssten besser begründet und fairer verteilt werden. Die Höhe des EU-Landwirtschaftshaushaltes sollte erhalten bleiben, um eine starke europäische Agrarpolitik (GAP) fortsetzen zu können, meinen die Fachleute im Parlament. Es sei vorgesehen, dass die Direktzahlungen in den verschiedenen Ländern nach 2013 stufenweise aneinander angeglichen werden, bestätigte Albert Dess, Sprecher der Christdemokraten, im Agrarausschuss. Einer Staffelung der Direktzahlungen nach

der Kaufkraft im jeweiligen EU-Mitgliedstaat, wie von George Lyon, dem Autor des Berichtsentwurfs von der liberalen Fraktion, vorgeschlagen, stehen die Sozialdemokraten allerdings skeptisch gegenüber. Das EP wird im Juli eine Resolution zur GAP nach 2013 verabschieden.

Martin Häusling von den Grünen forderte eine Kürzung der Direktzahlungen in Grossbetrieben. Auch sonst bleibt dieses Thema in der Debatte über die GAP auf dem Tisch. Obergrenzen für die Zahlungen könnten dazu beitragen, die Akzeptanz für Agrarbeihilfen in der Öffentlichkeit zu verbessern, erklärte EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos in Brüssel. Er schränkte allerdings ein, dass die Idee keine Mehrheit unter den EU-Mitgliedstaaten habe.

■ lid, 16. April 2010